

A1

Antrag

Initiator*innen: Peter Heilrath

Titel: Gründung eines AK Außenpolitik

Antragstext

1 Ein AK Außenpolitik mag nicht auf den ersten Blick naheliegend für den
2 Stadtverband München sein, zumal die sehr München-zentrierte LAG Europa, Frieden
3 & Internationales des Landesverbandes vielfältige Möglichkeiten für Münchner
4 bietet, sich außenpolitisch zu engagieren.

5 Das ist aber gleichzeitig reine Theorie und die trotz vieler persönlicher
6 Verknüpfungen mit der hier relevanten LAG und den drei außenpolitischen BAGn
7 eigentlich naheliegende Verwebung findet faktisch kaum statt.

8 Der AK Außenpolitik soll deswegen vorrangig einen niedrigschwelligen Zugang zu
9 diesen anderen Ebenen herstellen und es vereinfachen, Ideen und Impulse aus dem
10 Kreis der Münchner Grünen in die LAG und in die BAGn einzubringen.

11 Regelmäßige, möglichst freie Treffen sollen diese Basis schaffen.

Unterstützer*innen

Gesa Tiedemann, Katharina Wittig, Konstantin Weddige, Thorsten Kellermann, Lendita Musliji, Gabriele Masch, Lucas Brunkhorst, Klaus Fenzl, Janine Malz, Norbert Datzmann, Ines Allinger, Evelyn Eckert, Saskia Kiehling, Gabriele Graswald-Vidovic, Frank Dürsch, Margit Ertlmaier, Sun-Tsung Kim, Eva Saarmann, Martina Hennegriff, Anja Callam, Stephanie Hayward-Schneider, Linda Faltin, Doris Wagner, Samuel Moser, Michael Schelle, Christopher Stark, Andrea Ammer, Rasmus Bleyl, Julia Brinkmann, Johannah Sprinz, Anna Friedl, Henrike Hahn, Sven-Torsten Gigler, Tom Wilmersdörffer, Verena

Keßler-Weißbrucker, Florian Riedl

A2

Antrag

Initiator*innen: AK Migration&Flucht (dort beschlossen am: 16.03.2026)

Titel: Kein Abschiebeterminal München!

Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen ist eine Partei der Menschenrechte. Unser München ist
2 solidarisch und beteiligt sich weder an einem Wettlauf der Härte noch stellt es
3 Infrastruktur für unmenschliche Abschiebepolitik bereit.

4 Wir fordern:

- 5 • Keine Einrichtung und keinen Betrieb eines Abschiebeterminals am Flughafen
6 München.
- 7 • Stopp der Planungen und Widerruf der Ausschreibungen.
- 8 • Etablieren eines unabhängigen Menschenrechtsmonitorings für bestehende
9 Abschiebungshaft und Rückführungsmaßnahmen.

Begründung

Derzeit erfolgen Abschiebungen über den Terminal 1 des Münchner Flughafens. Seit 2022 existiert dort eine kombinierte Transit- und Abschiebungshafteinrichtung. Im Jahr 2024 wurden rund 3.500 Menschen abgeschoben.

Die Flughafen München GmbH plant nun einen deutlich größeren Abschiebeterminal. Ab 2028 sollen dort bis zu 100 Abschiebungen täglich möglich sein – etwa das Zehnfache der bisherigen Kapazität. Damit droht München zu einem zentralen Abschiebestandort weit über Bayern hinaus zu werden.

Die Landeshauptstadt München hält 23 % der Anteile am Flughafen und trägt damit Verantwortung. Als „Weltstadt mit Herz“ darf München jedoch nicht zum Zentrum für Massenabschiebungen werden. Zudem fehlt es bislang an Transparenz und unabhängiger Kontrolle bei Abschiebungen. Gerade wegen des tiefen Eingriffs in die Rechte der Betroffenen braucht es ein unabhängiges Menschenrechtsmonitoring – nicht den Ausbau der Abschiebestrukturen.

Die Landesdelegiertenkonferenz der bayerischen Grünen hat im Oktober 2025 bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst. Wir setzen uns daher auf allen Ebenen dafür ein, einen Abschiebeterminal in München zu verhindern.

Unterstützer*innen

Anja Callam, Angela Büttner, Karolina Novinscak Kölker, Lendita Musliji, Dardan Kolic, Julia Barber, Thorsten Kellermann, Jenny Kayser, Christopher Stark, Anna Friedl, Mareike Schubert, Tobias Eberle, Hilke Ganzert, Clara Nitsche, Emily Wachelka, Carmen Romano, Sven Ingenfeld, Norbert Datzmann, Saskia Kiehling, Frank Dürsch, Vik Spanier, Ines Allinger, Michael Schelle, Bakir Lemes, Helena Turi, Maximilian Quader, Susanne Herrmann, Andrea Ammer, Rasmus Bleyl, Alexander Gleichauf, Maximilian Meier, Elias Bamidis, Lorenz Stradtner, Tobias Giese, Johannah Sprinz, Joachim Weiss, Luna Sahling, Gian-Filippo Venticinque, Alexandra Nürnberger, Nicole Behrens, Julia Holzhammer, Andreas Thalhamer, Petra Maria Reichl, Anais Schuster-Brandis, Verena Keßler-Weißbrucker, Barbara Epple, Florian Hartl

A3

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Stopp deutscher Waffenlieferungen an Israel

Antragstext

1 Der **Kreisverband der Grünen München** unterstützt die Forderungen nach Umsetzung
2 des Arms Trade Treaty und weiterer völkerrechtlicher Verpflichtungen bei
3 Waffenexporten nach Israel, wie sie der Bundesverband auf der BDK 2025 in
4 Hannover beschlossen hat.